



Solidarität

Organ des Verbandes der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Preis vierteljährlich 20,- Mk. - Anzeigen: die dreispaltige Zeitzeile 8,- Mk., Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 1,- Mk. - Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Für die Woche vom 11. bis 17. September 1922 ist die Beitragsmarke in das mit 37 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes

Erhöhung der Ortsbeiträge.

Hirschberg. Für alle Mitglieder auf 2 Mk.

Osnabrück. Ab 1. September auf 2 Mk.

Der Verbandsvorstand gibt dazu die Genehmigung.

J. W. C. Horne, 2. Verbandsvorsitzender.

Bekanntmachung

Der Tarifausschuß der Deutschen Buchdrucker wird zur Beratung über den Gehilfenantrag betr. Lohnerhöhung für den

14. September und folgende Tage

nach Berlin einberufen.

Die Verhandlung findet im Vereinshaus Deutscher Ingenieure, Sommerstr. 4a, statt.

Am 14. September beraten die Parteirepräsentanten getrennt, während am 15. September, vormittags 10 Uhr, der Tarifausschuß in seiner Gesamtheit zur Beratung zusammentritt.

Berlin, den 4. September 1922.

Lautsamt der Deutschen Buchdrucker.

Paul Winkler,

Robert Braun,

Prinzipalvorsitzender.

Gehilfenvorsitzender.

Paul Schlichs, Geschäftsführer.

Die Gewerkschaften zur Steuerungsfrage

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände haben sich unmittelbar nach dem Eintreten des deutschen Marksturzes mit dem Reichswirtschaftsministerium und mit dem Reichsfiskus in Verbindung gesetzt, um den zuständigen Regierungsstellen die drohende Verschärfung der Lage der Arbeiter und Angestellten, sowie der Sozialrentner vor Augen zu führen und mit ihnen über die notwendigen Maßnahmen zu beraten. Der Vorstand des DGB, hatte sich mit dem Vorstand des IAW-Bundes auf eine Reihe von Vorschlägen geeinigt, die auch die Zustimmung der Vorstände der beiden sozialdemokratischen Parteien fanden. Ihr Inhalt war folgender:

I. Maßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschaft, Finanz- und Währungspolitik.

Einschränkung der Einfuhr auf das geringstmögliche Maß, insbesondere Unterbindung der Einfuhr von Luxusartikeln durch Einfuhrverbot oder schärfere Anspannung der Einfuhrzölle. Als Luxusartikel wurden unter anderem dabei genannt: Zigarren, Zigaretten, Tabake, Bier, Tee, Schokolade, Pelze und Seide. Wir weit auch Kaffee darunter fallen soll, bedarf besonderer Erwägungen.

Erhöhung der Ausfuhrabgaben. Bei längerer Dauer des gegenwärtigen Zustandes, Nachprüfung aller Tarifpositionen auf die Möglichkeit einer besonderen Heraushebung über die allgemeinen Tariffätze. Die Regierung hat bekanntlich bereits eine Erhöhung der Ausfuhrabgaben im maßigen Umfang vorgeschlagen. Die Gewerkschaften wünschen eine besondere Nachprüfung, um eine weitere Erhöhung der Ausfuhrabgaben auf besonders tragfähige Positionen durchzuführen.

Kontrolle des Devisenhandels mit dem Ziele, daß nur derjenige ausländische Devisen erhält, der sie lediglich für den Handelsverkehr mit dem Ausland braucht. Verbot der Devisenspekulation und Beschlagnahme aller darin erzielten Umsätze.

Vorbereitung der notwendigen Maßnahmen zur Auflegung einer inneren Goldanleihe unter Heranziehung der Schwere zur Deckung einer solchen. In Verbindung damit mit Vorbereitungen für eine Fixierung der deutschen Währung.

Nachere Einziehung der Einkommensteuer. (Die hier vorgeschlagenen Vorschläge der Gewerkschaften scheinen durch die letzten Regierungsmaßnahmen bereits verwirklicht. Einer weiteren Anregung, die Umsatzsteuer nach dem Gesichtspunkte des allgemeinen Verbrauchs und des Luxusverbrauchs zu staffeln, stehen erhebliche technische Schwierigkeiten entgegen.)

Um der Kreditnot zu steuern, unter der die Landwirtschaft und sogar die landwirtschaftlichen Großbetriebe leiden, regten die Gewerkschaften Kreditmaßnahmen an, nicht auf

Kosten, aber doch unter Garantie der Reichsregierung, um der Landwirtschaft die nötigen Gelder zur Durchführung einer intensiven Wirtschaft im Kreditwege zur Verfügung zu stellen. Vielleicht könnte dazu der Kreditfonds der Landwirtschaftsstelle oder ähnliche Gelder Verwendung finden.

II. Innerpolitische und wirtschaftspolitische Maßnahmen.

Maßnahmen zur hinreichenden Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln. Schärfste Überwachung des Viehhandels und Fleischerpostes. Dabei wurde auch angeregt, endlich mit dem Brauch zu brechen, daß die Provisionen der Viehhändler nach dem Preis berechnet werden, wodurch die Viehhändler unmittelbar an der Preissteigerung interessiert sind.

Verbot der Herstellung von Feinbranntwein, eventuell Verbot der Verwendung von Kartoffeln, Getreide, Mais, Reis und sonstigen zur menschlichen Ernährung geeigneten Produkten zur Herstellung von Branntwein. Hierbei wurde auch ein vollständiges Alkoholverbot in Vorschlag gebracht.

Einschränkung der Bierbrauerei. Verbot der Herstellung von Bier mit mehr als 8 Proz. Stammwürze. Strengstes Verbot der Verwendung von Zuckerribsen zur Bierbrauerei.

Wiedereinführung der öffentlichen Bewirtschaftung des Zuckers. Verbot der Verwendung von Zucker zur Herstellung von Konfitüren, Likören, Schnaps, Schaum- und Obstweinen. Einschränkung des Zuckerverbrauchs bei der Herstellung von sonstigen Luxusartikeln und Backwaren. Begrenzung der Herstellung von Kunsthonig, Marmelade und Obstkonerven nach Menge und Zuckergehalt. Beibehaltung des Zuckerverbotes für Erzeugnisse dieser Art.

Verschärfung der Bestimmungen, die die Erhaltung der Milch und der Milchprodukte lediglich für die Zwecke der Volksernährung sichern. Da die wahnwitzige Preissteigerung der Milch ständig auf den Butterpreis zurückgeführt wird, wurde auch ein gänzliches Verbot der Butterherstellung für den Handel zur Erwägung gegeben. Butter ist für die große Masse der Verbraucher sowieso ein unerschwinglicher Luxusartikel geworden und kann auch von den Bemittelten durch Margarine ersetzt werden. Die Leberölzölle der Milch können dann zu einem Volksernährungsmittel wie Käse verarbeitet werden.

Stärkere Ausmahlung des Brotgetreides. Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Seefischen. Bestrafung derjenigen Seefischunternehmungen, die mehr als einen noch festlaufenden Teilbetrag ihres Fanges an ausländischen Märkten absetzen, gegebenenfalls durch Beschlagnahme der Fahrzeuge.

Maßnahme gegen den unmäßigen Aufwand in Gast- und Speisewirtschaften, insbesondere Wiedereinführung der Bestimmung, daß nur zwei Fleischgerichte zur Auswahl stehen und nur ein solches verabreicht werden darf. Erneute Anweisung an die Kommunalbehörden, Luxusvergünstigungen, Diäten, Bars, Kabarets und gewisse Konzerthauskaffees in schärfer Weise bis zur Prohibition zu besteuern.

Durchgreifende Maßnahmen auf dem Gebiet des Bau- und Wohnungswesens, insbesondere nach der Nichtung gemeinwirtschaftlicher Regelung der Baustoffwirtschaft.

Verschärfung der Strafbestimmung gegen den Wucher, insbesondere gegen die Zurückhaltung von Waren in gewinnfälliger Absicht. Angeregt wurde die Gewährung von Prämien oder Belohnungen für die Anzeige solcher Lager und die Heranziehung von Laienbeisitzern, Verbrauchern, zu den Wuchergerichten.

Für die Arbeitslosen, die Sozialrentner, die verarmten Kleinrentner, die rentenlosen Erwerbsunfähigen und Empfänger von Armenunterstützung sollen Reich, Länder und Gemeinden besondere Einrichtungen treffen. Gedacht ist etwa an Speise- und Wärmehäfen.

Diese Vorschläge sowie solche der christlichen Gewerkschaften, die sich wenig von den ersten entfernten, wurden dem Reichstanzler in einer Besprechung am 25. August vorgelegt, wobei Genosse Braunmann angedeutet die verschiedenen Stimmungen unter Arbeitersichtigen infolge der totalitären Entwicklung eine ernste Würdigung derselben forderte.

Der Reichstanzler erwiderte, daß ein Teil dieser Vorschläge bereits Gegenstand von Verhandlungen des Kabinetts sei, so die Einschränkung der Einfuhr, die Erhöhung der Ausfuhrabgaben und die Kontrolle des Devisenhandels. Hinsichtlich der geordneten wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen erinnerte er an die Schmierigkeiten, die einer Wiedereinführung der Zwangswirtschaft entgegenstehen. Der moralische Haß des deutschen Volkes sei leider stark zerstückt, so daß zu zweifeln sei, ob solche Bestimmungen durchgeführt werden. Er lagte jedoch die sachverständige Prüfung aller Vorschläge in den zuständigen Ministerien zu, über deren Ergebnis eine erneute Aussprache in Aussicht zu nehmen sei. Die Steuerforderungen wurden noch besonders mit dem anwesenden Staatssekretär des Reichsfinanzministe-

riums Dr. Zapf besprochen, welcher erklärte, daß die Steuererläufe bis 1921 bereits aufgearbeitet seien und daß zurzeit schon die Vorläufe auf das Steuerjahr 1922 einbezogen würden. Er machte dabei die etwas überraschende Mitteilung, daß die Steuererläufe vom Arbeitslohn und Gehalt nur etwa 20 bis 25 v. H. der Steuereingänge betragen.

Der Vorstand des DGB, hat ferner folgenden telegraphischen Appell an den zur Zeit in London tagenden Trade Unions-Kongress gerichtet:

„Dollarkland heute 1870. Deutsche Mark fällt auf Null. Bedeutet wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands, also Beginn des wirtschaftlichen Chaos. Folgen für alle Industrieländer unabsehbar. Für England erneute Steigerung der Arbeitslosigkeit. 60 Millionen deutscher Käufer verschwinden vom Weltmarkt. Noch Rettung möglich, aber sofort einzuleiten. Sie hängt hauptsächlich von Euren Maßnahmen ab.“

geg. Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.

Grafmann.

Ein Telegramm ähnlichen Inhalts ist an den Internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam abgegangen.

Am 25. August sind drei Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Berlin eingetroffen, die Genossen L. Shaw, E. Jouhaux und E. Finimann, um die wirtschafliche und wirtschaftliche Lage in Deutschland auf Grund eigener Anschauung zu untersuchen und darüber öffentlich Bericht zu erstatten. Die drei Genossen sind auch vom Reichstanzler empfangen und von den Auffassungen der Reichsregierung unterrichtet worden.

Zur Steuerungsfrage.

II.

Die Einschränkung der entscheidenden Einfuhrposten der deutschen Wirtschaft wäre bereits hinreichend, um unsere passive Handelsbilanz in eine aktive zu verwandeln, und ein scharfer Kampf gegen Luxus, Verschwendung und Schlemmerie würde dazu beitragen, den Verbrauch mit der heimischen Produktion in Einklang zu bringen. Aber der Sturz der deutschen Mark ist nur zum geringsten Teil durch das Mißverhältnis zwischen Ein- und Ausfuhr hervorgerufen. Die Hauptursachen liegen in dem ungedeckten Ueberangebot von Papiermark und dessen Verschärfung durch Spekulation und Warenhamstererei. Die schwebende Schuld des Reichs beträgt zurzeit 316,2 Milliarden Mark, wovon die Reichsbank 293,5 Milliarden Mark übernimmt hat. Am 23. August d. J. befanden sich 224,5 Milliarden Mark Reichsschulden in ihrem Besitz. Vom 23. Juni bis 23. August d. J. nahm die schwebende Reichsschuld um 25,6 Milliarden Mark zu. Die Höhe der im Ausland befindlichen Papiermark wird auf 130 Milliarden Mark angegeben, während der Betrag des untaufbaren Papiergeldes 227,6 Milliarden Mark betragen soll. Trotzdem besteht ein Geldmangel in solchem Maße, daß die Reichsbank sich zur Erhöhung des Wechseldiskonts von 7 auf 8 Proz. genötigt sieht. Namhafte Großbetriebe konnten Mitte August ihre fälligen Löhne nicht auszahlen, weil es an Zahlungsmitteln fehlt. Die fortwährende Geldentwertung zwingt zu immer erneuten Lohn- und Gehaltssteigerungen sowie Preiserhöhungen, und der im Geschäftskreis sich einbürgernde Modus der Voraus- und Barzahlung macht größere flüssige Geldbestände erforderlich. Auch das Reich bedarf größerer Mengen an Geld, um seinen Verpflichtungen als Reparationsschuldner und als Arbeitgeber von Beamten, Arbeitern und Angestellten zu genügen. Es behält sich mit dem Druck neuer Geldnoten. In der Woche vom 8. bis 15. Juli hat die Reichsbank für 6,3 Milliarden Mark neuer Zahlungsmittel herausgegeben, um den gesteigerten Bedarf an Bargeld und Krediten zu befriedigen. Angesichts des neuen Marksturzes, der naturgemäß neue Preissteigerungen, Lohnbewegungen und neuen Geldmangel nach sich zieht, erhebt sich immer riefenhafter und unumschweiblicher die Frage: Was kann geschehen, um unsere Währung nicht noch wertloser werden zu lassen, sondern ihren Sturz aufzuhalten?

Durch neuen Notendruck kann die Katastrophe nicht abgewendet werden. Wir würden damit nur um so schneller den Weg gehen, den Deutschland seit dem Vorangegangenen ist, und der bei dem Währungssturz von Sowjetrußland endet, wenn man in letzterem schon ein Ende erkennen kann. Man würde statt der Tausendmark-Noten bald die Zehntausendmark-Noten und nicht weit davon die Hunderttausendmark-Noten verallgemeinern und bei den Jahreserträgen des Arbeiters oder Angestellten zu astronomischen Ziffern kommen, deren Größe in freiem Ansehung zu ihrem inneren Wert steht. Will man dieser Vorwärtsentwicklung entgegenwirken, so muß die Notenpresse stillgelegt und mit dem Abbau der ungedeckten Papiergeldwirtschaft begonnen werden. Das ist natürlich viel leichter gesagt als getan. Ein Zehntausendmark-Voll will und muß leben, und wenn es ihm dazu an Geld

führt, so verlangt es solches, unbefürchtet um die Folgen. Die Reichsregierung kann sich diesen Druck schwerlich entziehen. Die plötzliche Umstellung der Notenpresse würde zu schweren Wirtschaftslähmungen und politischen Unruhen führen, die vermieden werden, solange die Bevölkerung das verschlechterte Geld willig aufnimmt. Der diese Aufnahme-fähigkeit ist heute nahezu erschöpft. Die sogenannte Furcht der Papiermark in ausländischen Devisen und in Sachwerten, die Warenhandlung zu jedem Preis, ist nichts anderes als die Unlust, deutsches Papiergeld anzunehmen und dessen Umtauschung mitzumachen. Das Vertrauen zur deutschen Währung ist beim deutschen Volke selbst in so erheblichem Maße erschüttert, daß keine Ermahnung dagegen mehr aufkommen kann. Ein wohlthätiger Warenhunger hat weite Verunsicherungszustände erzeugt. Die Furcht, angefaßt der zu erwartenden Preis-erhöhungen zu spät zu kommen, reißt den Verkäufer die Ware aus der Hand und hilft die Preise noch höher in die Höhe zu treiben. Nicht bloß notwendig, sondern selbst entbehrliche Dinge werden gekauft, weil sie immer noch mehr wert scheinen als das Papiergeld, das man dafür hingibt. Aber auch der Handel und die Erzeuger wollen nichts mehr von der Papiermark wissen. Sie fangen bereits an, die Preise in Gold zu berechnen und Goldwährung, d. h. ausländische Zahlungsmittel hoher Werten zu fordern. Die Fabrikanten feiern nur gegen Dollars, Pfunde, Kronen, Gulden oder Franken, und selbst der Inlands-handel gewöhnt sich nachgerade daran, Devisen zu verlangen. Das heißt natürlich die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln gewaltig und weit über den natürlichen Bedarf hinaus und muß den Sturz der Mark beschleunigen. Schließlich erzieht sich für die deutsche Bevölkerung überhaupt die Unmöglichkeit, noch etwas zu kaufen, und weil es keine Entlohnung bekommt, kann und nur Ausländer und solche, die gegen Devisen produzieren oder verkaufen, können sich noch den Luxus erlauben, gegen bar einzukaufen. Den Rest bildet ein Kaufhandel, in dem unter Umgehung der gestrichelten Papiermark Schatzkammer gegen Sachwert eingetauscht werden. Ich möchte kommen wie damit dem Ideal der geldlosen Wirtschaft näher, von dem manche Weltverbesserer eine neue wirtschaftliche Ära zu eröffnen. Ob eine solche Zahlungs-mittellosigkeit oder wirklich bessere Verhältnisse bringt, ist sehr zweifelhaft. Jedenfalls ist aber eine weitere Steigerung unserer Papiergeldwirtschaft absolut unerträglich, und es muß der Versuch gemacht werden, davon loszukommen.

Es gibt unseres Wissens zwei Möglichkeiten dazu: die eine liegt auf dem Wege einer ausländischen, die andere auf dem einer inländischen Goldanleihe. Zur Vermittlung der ersteren gehört freilich das Vertrauen des Auslandes, das uns ja soeben, wie der Marksturz beweist, ein so deutliches Mißtrauensvotum erteilt hat. Aber gerade dieses Mißtrauensvotum hat auch seine zwei Seiten; es richtet sich ebenso sehr gegen die Deutschland zerstörende Entente-politik, wie gegen deren Opfer und beschleunigt die allgemeine Erkenntnis, daß diese Politik zum sicheren Ruin nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas führen muß. Ob diese Erkenntnis früh genug kommt und ob sie wirksam genug ist, eine Änderung dieser uns feindlichen Politik zu erzwingen, — ob man uns das zu einer Sanierung unserer Währung erforderliche langfristige Moratorium so bald gewährt wird, daß es uns noch wirklich hilft, läßt sich noch nicht sicher voraussagen. Ohne Moratorium ist kein Auslandskredit und keine Geldanleihe zu erwarten — das hat die Bankier-konferenz uns mit nüchterner Deutlichkeit zu verstehen gegeben. Wird uns aber auf Grund eines mehrjährigen Moratoriums eine Goldanleihe gewährt, so ermöglicht es dies, einen Teil der ungedeckten Papiergeldnoten gegen ge-deckte Schatzanweisungen einzutauschen, den Markkurs zu befestigen und eine sichere Grundlage für eine weitere Sanierung der Währung zu gewinnen.

Verlangt diese Hoffnung auf Moratorium und Auslands-hilfe, so bleibt als letztes Mittel nur die Mobilisierung der inneren Schatzkammer übrig, die als Deckung für eine Gold-anleihe heranzuziehen wären. Inwiefern die Reichsbank aus ihrem letzten Goldbestand dazu beitragen kann, eine solche Aktion einzuleiten oder zu unterstützen, bedarf beson-derer Erörterungen. Nebenfalls ist es nicht zu umgehen, in der Zeit der äußersten Not auch auf das deutsche Sach-vermögen in stärkerem Maße, als es durch das Zwangs-anleihegesetz vom Frühjahr 1922 geschehen ist, zurückzu-greifen. Damals glaubte man sich mit einer Goldmilliarde begnügen zu können, deren Wert überdies gleich 73 Papier-milliarde gestellt wurde. Heute, wo diese 73 Papier-milliarde bei weitem noch nicht eingezogen sind, bedeuten sie angesichts des August-Marksturzes nur noch 13 Goldmilliarde. Das private Sachvermögen kann also heute eine weit höhere Belastung vertragen und darf sich der Verpflichtung, in wertlichen Goldwerten einzusetzen, nicht entziehen. Die Kapitalistenkreise werden natürlich die größten Schwierig-keiten machen. Weigerte sich das Unternehmertum doch so-jar, trotz seiner enormen Goldgewinne bei der Ausfuhr in die Erhöhung der Ausfuhrabgaben einzuwilligen. Aber wenn die Regierung nur die nötige Festigkeit zeigt, und sie kann es, da die Gewerkschaften sie dabei ausnahmslos stützen, so wird sie eine solche Sanierungspolitik auch durchsetzen. Eine andere Rettung gibt es nicht für sie — es bleibt ihr also keine Wahl mehr.

Mit der Bindung des Papiermark-Angebots durch Still-legung der Notenpresse und Ausgabe gedeckter Schatzanwei-sungen ist aber nur der erste Schritt zur Sanierung unserer Währung getan. Um die Wirkung dieser Maßnahme zu verweissendigen, bedarf es weiterer Schritte gesetzgeberischer wie wirtschaftlicher Natur. Der Geschehene obliegt es, den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln auf das unumgängliche notwendige Maß zu beschränken und unter- strengste Aufsicht zu stellen. Dazu gehört ein Verbot, beim Inlands-handel in ausländische Währung zu berechnen und mit ausländischen Devisen Spekulation zu treiben. Eine Monopolisierung des Devisenhandels wird kaum durchführ-bar sein, denn hätte die Regierung dazu die Macht, so hätte sie in der Tat den Geldmarkt in der Hand. Aber strenge Kontrollen und Strafen sichern bis zu einem gewissen Maße ebenfalls gegen solchen Mißbrauch. Ferner ist es notwendig, der Handlung von Waren zu steuern, indem die bewährten Reklamationenmaßnahmen der Volkspolizei wieder eingeführt werden. Dies gilt für Lebensmittel, Kleidung, Schuhwerk und sonstige Gegenstände des täglichen Bedarfs. Ob man der Papiermark im Inland einen gewissen Zwangskurs auf-erzwingt, bedarf der eingehendsten Unterlegung. Gewiß ist zu befürchten, daß die Ware sich vor der mit Zwangskurs

ausgestalteten Papiermark verbirgt. Demgegenüber gibt es zwei Wege: Beschlagnahme und Mehrerzeugung. Durch erstere wird man eine Versorgung der Bevölkerung mit dem Notwendigsten zu Höchstpreisen erzwingen müssen, um über-haupt wieder zu erträglichen Preisverhältnissen zu gelangen. Wenn sich aber auf die Dauer ein Mißverhältnis zwischen dem Angebot von Waren und dem Angebot an Zahlungsmitteln ergibt, so helfen alle Zwangsmassnahmen nichts dagegen, daß zu wenig Sachgüter vorhanden sind, und es bleibt nur übrig, das Angebot der letzteren durch Mehr-erzeugung zu erhöhen. Es bedarf kaum des Hinweises, daß dies ganz erhebliche Umstellungen der gesamten heimischen Wirtschaft erfordern wird: Einschränkung von Luxusver-zehrung, Verwendung der Rohstoffe für die Herstellung lebens-notwendiger Dinge, Beschränkung leistungsfähiger Betriebe, Konzentration der Produktion, Normalisierung und Typifi-zierung usw., also Einführung einer planmäßig geteilten Wirtschaft an Stelle der freien Wirtschaft mit allen ihren Auswüchsen. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiter-organisationen sich der Aufgabe, die Warenerzeugung syste-matisch zu vermindern, nicht entziehen werden. Sie werden aber auch dafür sorgen, daß dies nicht lediglich auf Kosten der Arbeitnehmer durch Steigerung der Ausbeutung ge-schieht, sondern durch Ausschaltung aller produktionshemmen-den und -vertuernden Ursachen.

Ueberblickt man die Möglichkeiten einer Rettung vor der drohenden Valutakatastrophe, so kommt man zu dem Resultat, daß sie alle in der Richtung der Rückkehr zu einer gewissen Zwangswirtschaft, zur wirklichen Gemeinwirtschaft liegen. In der Tat bedeutet die deutsche Valutakatastrophe nichts anderes als den Zusammenbruch der vielgerühmten freien Wirtschaft, zu der das Unternehmertum in Handel, Industrie und Landwirt-schaft nicht schnell genug zurücktreten konnte. Die Loren glaubten, sich von dem Schicksal des Reiches unabhängig zu machen und auf eigene Faust auf dem Weltmarkt besser zu handeln. Mit Säckeln vollsten sie die Gewinne eroffen, aber ihre Masse erwies sich durchsichtiger wie das Faß der Danaiden. Die deutsche Wirtschaft kann nicht gefunden, wenn das Reich nicht auf eine gesunde Grundlage gestellt wird, und das Reich wird sich ohne fremde Hilfe nicht wieder aufbauen können, wenn es von seinen eigenen Angehörigen länder im Stich gelassen wird. Deutsche Volkswirtschaft kann in solchen Stunden nur planmäßige Gemeinwirtschaft sein, und um diese durchzuführen müssen alle wirtschaft-lichen Kräfte des Volkes zusammenstehen und sich zu gemein-samer Arbeit verpflichten. Wo es an der Einsicht oder dem guten Willen dazu mangelt, wird der Zwang nachzu-helfen haben, denn das Volk will leben und wird seine Lebensnotwendigkeiten nicht mit Füßen treten lassen!

(Korrespondenzblatt des KADW., Nr. 34.)

Erwerbslose und Erwerbslosen- unterstützung

In Nr. 32 der „Solidarität“ behandelt ein Artikel die Lage des Arbeitsmarktes. Diese Darlegungen möchte ich in einigen Teilen ergänzen und manches nicht unwider-sprochen lassen.

Es könnte sonst eintreten, daß die Hilfsarbeiterchaft die Arbeitsmarktfrage als zu resig. ansieht, obwohl in dem Artikel schon davor gewarnt ist.

In jenen Ausführungen zeigt sich, wie weit statistisches Material überhaupt zu verwerten ist und wie vorsichtig damit umgegangen werden muß. Wenn man allerdings den Stand der Arbeitslosen der Vorjahreszeit annimmt, so weit er in der damaligen Zeit überhaupt erfasst wurde, denn amtliche Zahlen gab es nicht, wäre heute nach den gemachten Ausführungen von einer Arbeitslosigkeit überhaupt nicht zu reden. In Wirklichkeit sieht es aber anders aus. Nach den Angaben des Artikelverfassers hatten die Verbände Anfang Juni 40 000 Arbeitslose, und davon wurden durch die Arbeitsämter 38 300 unterkühlt. Die Differenz betrug also hier zwischen den angegebenen und den vom Staat unter-stützten Erwerbslosen 1700.

Nun weiß aber jeder Eingeweihte, daß diese Differenz nicht stimmt, sie ist viel größer. Eine weit höhere Zahl von Erwerbslosen erhält keine Unterstützung. Die Voraus-setzungen, die erfüllt sein müssen, um Erwerbslosenunter-stützung zu beziehen, waren schon vor dem 1. Juni so scharf, daß von zehn bis arbeitslos Weibchen mindestens fünf bis sechs keine Unterstützung erhielten und nach dem 1. Juni durch die neue Verfügung des Reichsarbeitsministers sogar von zehn nur noch höchstens zwei unterkühlt werden können. Da diese Tatsache besteht, so müssen schon zu den 38 300 noch ungefähr 5, das sind rund 25 000, hinzugerechnet werden, um die Zahl der Arbeitslosen einigermaßen festzu-stellen. Dazu kommt noch die ungeheure Masse arbeitslosen-der Frauen, die heute unter der außerordentlichen Notlage gezwungen sind, sich nach Arbeit umzusehen. Ein jeder Leser wird nun fragen: Wie ist es möglich, daß amtliches Material so unzuverlässig sein kann? Ich werde versuchen, hierauf eine Antwort zu geben.

Es ist bereits angeführt worden, das nicht jeder, der sich arbeitslos meldet, auch Unterstützung erhält, und da nur die am 1. Juni angeführten sind, die tatsächliche Erwerbslosen-
unterstützung erhalten. So kommen so niedrige Prozentzifferen zustande, wie sie in dem erwähnten Artikel von den ver-schiedenen Städten angegeben werden, z. B.: Berlin mit 4517 Arbeitslosen gleich 1,1 v. T., Hamburg 1244 gleich 1,3 v. T., Kiel 220 gleich 1,2 v. T., Königsberg 159 gleich 0,6 v. T. und Leipzig 366 gleich 0,6 v. T. Diese Prozent-ziffern gelten nur für die unterkühlten Erwerbslosen. Die meisten Arbeitslosen oder erhalten nichts, weil bei ihnen die Verfügung über das Existenzminimum in Anwendung gebracht wird, und zum andern die Löhne noch steigen, aber die weisen Herren im Arbeitsministerium noch nicht daran gedacht haben, neue Richtlinien herauszugeben, um das seit einem halben Jahre bereits bestehende Existenzminimum den heutigen Wirtschaftsverhältnissen anzupassen.

Zur Klärung folgendes:
Eine Familie mit 8 Köpfen, davon gehen zwei Kinder und der Vater zur Arbeit. Dieser erhält als Maschinen-floster einen Wochenlohn von 2000 Mk., der 16 jährige Sohn ist Baufrische und verdient 400 Mk. wöchentlich. Der älteste 22 jährige Sohn ist Holzschuhmacher und wird arbeitslos. Hier wird nun das Existenzminimum folgender-maßen berechnet: Auf jeden Kopf 275 Mk., damit, so glaubt

das Reichsarbeitsministerium, kann heute jeder auskommen, macht 8 x 275 = 2200 Mk. wöchentlich. Der Verdienst vom Vater und dem Sohne beträgt aber 2000 und 400 = 2400, übersteigt also das festgesetzte Existenzminimum um 200 Mk., und der arbeitslose Sohn erhält nichts, wird auch stattdessen nicht aufgeführt. Dem Vater wird hier zu-gemutet, zusammen mit dem 16 jährigen Sohn den zuge-schriebenen 22 jährigen Holzschuhmacher mit zu ernähren, obwohl er noch eine Frau und vier schulpflichtige Kinder zu erhalten hat. Der Sohn würde nur dann Unterstützung er-halten, wenn er nicht bei den Eltern wohnt.

Nun kann sich jeder ausrechnen, wieviel unter diesen Umständen Arbeitslose stattdessen von den Arbeitsämtern er-faßt werden. Dazu kommt noch ein ganz Teil anderer, die auch eine gewisse Zeit nichts erhalten können, so bei Verdienst der Ehefrau, bei selbstverdieneter Arbeitslosigkeit, Saison-arbeiter, Diensthaken und andere mehr. Ein großer Teil merkt sich überhaupt nicht mehr, da durch die Verdienstan-rechnung und die heutigen niedrigen Unterstützungssätze es schon nichts gibt, wenn der Arbeitslose auch nur einen Tag in der Woche gearbeitet hat.

Wenn weiter in Betracht gezogen wird, das in fast allen Berufsgruppen die Unterstützungsbauer auf 13 Wochen herabgesetzt worden ist, so kann man sich ein Bild machen, wie künstlich der Staat die Arbeitslosenliste herabgedrückt hat. Hier kann vielleicht eingewendet werden, daß doch jeder bei der heutigen Arbeitsmarktlage, innerhalb 13 Wochen Arbeit finden müßte. Das wäre aller-dings möglich, wenn wir immer hübsch jung blieben... So aber hat der Reichsarbeitsminister alle diejenigen Profe-sorier der öffentlichen Armenfürsorge nach 13 Wochen aus-gesetzt, die vom Kapital ausgefaßt, alt und grau ge-worden sind und die in e n a n d e r a u f d i e D a u e r e i n s t e l l e n w i l l. Ueber die jetzigen Unterstützungssätze und deren Auswirkungen, ein andermal.

Anmerkung der Redaktion.
Gegen den Artikel „Die Lage des Arbeitsmarktes“ in Nr. 32 der „Solidarität“ hat Kollege B. nichts gesagt, weil überhaupt gegen die dort angeführten Zahlen nicht ein-gewendet werden kann. Sie stimmen nämlich. Niemand hat behauptet, daß die Zahl der Arbeitslosen nicht größer ist als die von der Statistik erfaßten. Genaue Zahlen haben wir leider nicht. Da aber immer nur die arbeitslosen Gewerkschaftsmitglieder und die unterkühlten Erwerbslosen jahresmäßig angegeben werden können, sind wir zu Be-r e c h n u n g e n gekommen, die uns zeigen, in welchem Maße die Arbeitslosigkeit zu- oder abgenommen hat. In einem Punkt irr ich übrigens Kollege A. noch. Wer sagt ihm denn, daß von den 40 000 arbeitslosen Gewerkschaftsmit-gliedern 38 300 durch die Erwerbslosenfürsorge unterkühlt werden. (Die Zahl hat sich übrigens am 1. Juli auf 19 900 verringert). Das steht nirgendwo geschrieben. Von den 38 300 unterkühlten Erwerbslosen werden viele nicht Mit-glieder der Gewerkschaften gewesen sein. Die vom Kollegen V. schätzungsweise angegebenen Zahlen sind also sehr unzuver-lässig. Was er sonst über das Wie und Warum der Er-
werbslosenunterstützung zu sagen hat, soll aber den Mit-gliedern nicht vorenthalten bleiben, damit ist auch die Rich-tigkeit der Angaben in dem erwähnten Artikel nicht angezweifelt.

Qualitätsarbeit und Mindestlohn

Durch die periodisch wiederkehrenden notwendigen Lohn-erhöhungen kann man die Beobachtung machen, daß der Lohn der qualifizierten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen weit hinter ihren Leistungen zurückbleibt. Sollte z. B. eine verkettete Angelerin vor Antritt des Reichstarifs 80 Mk. Wochenlohn, also 5 Mk. über Reichstarif, so müßte sie jetzt nach der 18fachen Lohnsteigerung 13 mal 5 Mk. = 65 Mk. über Minimum erhalten. Ebenso wirkt sich das prozentual bei den übrigen Qualitätsarbeitern aus. Aber wie ist es denn in Wirklichkeit um die Beförderung der intelligenten Arbeiter bestellt?

Bei keiner Lohn-erhöhung ist den Qualitätsarbeitern prozentual das freilich zugestanden worden, was ihnen auf Grund ihrer Leistungen und nach der Entwertung des Geldes über den tariflichen Mindestlohn zukommt. In ein-zelnen Firmen, wo noch etwas soziales Verständnis für die Not der Arbeiterchaft vorhanden ist, mag die Verrechnung der Beförderung nach der Selbstentwertung stimmen, aber das Gros der Kollegenchaft hat sich durch die tariflich fest-gelegten Lohnauflagen in der Qualitätsentlohnung zurück-liegen lassen.

Die Schuld an diesem Zustand tragen die meisten Kollegen und Kolleginnen selbst, indem sie ruhig mit dem zufrieden sind, was ihnen vom Unternehmer gnädigst als Qualitätszulage gewährt wird. Geshäftlich wird wirklich genug, daß der Lohn in seinem Verhältnis zur Teuerung steht, aber zu der Erkenntnis, daß es in der Macht jedes einzelnen liegt, seine Lage finanziell zu verbessern, kommen wohl die wenigsten.

Wenn auch der Tarif es uns unmöglich macht, generell etwas über Minimum herauszuholen, so ist doch keine An-legerin und kein Hilfsarbeiter gezwungen, in einer Firma, wo ihre Leistungen nicht entsprechend bezahlt werden, zu bleiben. Aber daran frant die ganze Lohnfrage. Die Be-
quemlichkeit, den Betrieb nicht zu wechseln, bringt es fertig, daß Angelerinnen mit 2 bis 5 Mk. und Hilfsarbeiter mit 6 bis 10 Mk. über Tarif als qualifizierte Arbeiter dastehen. Das Selbstbewußtsein, das ein jeder Arbeiter seinen Platz voll ausfüllt und seine Kraft im Interesse des Unternehmers verbraucht, gleichviel an welcher Stelle er steht, geht leider so vielen Kollegen und Kolleginnen ab. Wenn das nicht der Fall wäre, so würde ein jeder seine Arbeitskraft, das einzige Produkt, was er in die Waagschale zu werfen hat, so teuer verkaufen wie nur irgend möglich. Denn der Unternehmer, welcher nachweisbar jetzt noch viel mehr durch unsere Ar-beitskraft verdient als in Friedenszeiten, wird sich hüten, sich seine Qualitätsprodukte nach dem Durchschnittspreis be-zahlen zu lassen. Haben sich auch die Unternehmer bei Ein-führung des Reichstarifs zum Prinzip gemacht, die festge-
legten Mindestlöhne als Höchstlöhne zu betrachten, so dürfen wir dies nicht auch noch durch Bequemlichkeit und wenig Selbstbewußtsein füllsüchzigend antunieren; denn der Umstand, daß wir als ungelernete Arbeiter in der Beschäftigung den gelerten gegenüber prozentual viel tiefer stehen, macht es uns erst recht zur Pflicht, als Spezialarbeiter uns nicht mit 5 bis 10 Mk. abspesen zu lassen. Die Kollegenchaft

Für unsere Kolleginnen

Weibliche Zünfte.

Die Gegner der Frauenerwerbsarbeit sind immer noch sehr zahlreich. Die einen begründen ihre Gegnerhaft damit, daß sie behaupten, die Frau gehöre ins Haus. Sie vernachlässigen ihre Pflichten als Hausfrau, Gattin, Mutter, wenn sie beruflich tätig sei. Eine Lösung der Frage, wozu eine Familie leben soll, wenn das Einkommen des Mannes den Lebensbedingungen nicht entspricht, haben diese Gegner aber nicht vorgeschlagen.

Die anderen Gegner der Frauenerwerbsarbeit betämpfen diese, weil sie sie als Konkurrenz ansehen. Sie fordern vor allem, daß Frauen in keinem Beruf tätig sein dürfen, der als spezieller Männerberuf angesehen wird. Diese Gegner bedenken nicht, daß eine ganze Anzahl Männer doch auch Berufs ausüben, die als Frauenberufe anzusehen sind, ja, es scheint, als ob die Männer vorzüglich gerade für solche Berufe begabt sind. Wer z. B. ein besonders gutes Essen herstellen lassen will, der beruft dazu meist Köche, nicht Köchinnen. Würde man aber mit Berufung darauf der Allgemeinheit der Männer zumuten, das tägliche Mahl zu bereiten, so würde solches Verlangen gewiß häufig mit Enttäuschung zurückgewiesen werden. Ähnlich ist es mit Schneidern, die von den Damen besonders stark beschäftigt werden, die Wert auf möglichst elegante Toiletten legen. Sie lassen sich ihre Haarfrisur auch lieber von Friseurinnen herstellen als von Frauen, die doch besonders sachverständig sein sollten in Anfertigung von jeder Art Putz. Von Seiten der Frauen ist gegen diese Art Konkurrenzarbeit meines Wissens noch kein Protest erhoben worden.

Dagegen stellt schon Adrian Reier, der als erster über das Handwerkerrecht geschrieben hat, den Satz auf: „Das männliche Geschlecht ist eine der unerlässlichen Grundbedingungen für die Aufnahme in eine Zunft. Die ganze gesellschaftliche Ordnung beruhe seiner Meinung nach darauf, daß jedes Geschlecht diejenigen Geschäfte übernehme, welche seiner Natur nach am angemessensten seien; der Mann die Erwerbsarbeit, die Frau die Küche, den Spinnrocken, die Nadel, die Wäsche, auch das Weben. Lichterglöhen und Seifenbleichn sollte ihr noch gestattet sein. Das Mädchen sei zur Ehe bestimmt, man könne nicht wissen, wen es einmal heiraten werde; eine gelehrte Schusterin sei aber dem Schmiede nichts nütze. Außerdem könne man nicht alle in der Lehre lernen; von ungewanderten Junggelehrten und gewanderten Jungfern werde aber beiderseits wenig gehalten. Der Umgang mit Männern in der Werkstätte sei in sittlicher Hinsicht nicht ungefährlich. Endlich sei die Zunft eine öffentliche Einrichtung; das Meisterrecht sei mit staatlichen Leistungen verbunden, wozu Weiber nicht taugten. Da die Zunft nicht nur gewerbliche Vereine, sondern auch Unterabteilungen der Gemeinde waren mit rechtlichen, politischen, militärischen und administrativen Aufgaben, da sie die Verpflichtung zum Wehrdienst mit sich brachte, ferner eine Reihe politischer Rechte, von denen die Frauen ausgeschlossen waren, läßt sich denken, daß man die Zulassung weiblicher Mitglieder für unzulässig hielt.

Bei der großen Ueberzahl von alleinstehenden, auf Erwerb angewiesenen Frauen ließ aber die ursprüngliche Zunftordnung sich nicht durchführen. Die Frauen suchten sich zu helfen durch die Einrichtung von Zünften, die bis auf ein oder zwei Zunftmeister das männliche Geschlecht ausschlossen. Die französischen Seiden Spinnerinnen und Weberinnen, die Tuchmacherinnen, Seidenrinnen und Gestaltstickerinnen des 13. und 14. Jahrhunderts waren in solchen Zünften vereinigt, an deren Spitze eine Zunftmeisterin zu stehen pflegte. In Köln bestanden schon im 13. Jahrhundert verschiedene große weibliche Genossenschaften, wie die der Spinnerinnen, Näherinnen und Seidenrinnen. Auch die Garnmacherinnen und Goldspinnerinnen bildeten geschlossene weibliche Handwerke, die Lehrlinge und Gesellen ausbildeten. Während die Weberei seit dem 12. Jahrhundert ein eigenes Gewerbe in Männerhand war, blieben die Vorrichtungenarbeiten, das Wollkämmen, Spinnen, Garnziehen, Spulen, noch lange Zeit in den Händen der Frauen. In Frankfurt a. M. standen sie unter der Aufsicht von zwei Mitglieder des Rates, und ihre Tätigkeit war an sehr eingehende Vorschriften gebunden. In der Frankfurter Weberordnung von 1377 haben wir das älteste Beispiel einer Regulierung der Frauenerwerbsarbeit durch die öffentliche Gewalt.

Während wir im Mittelalter finden, daß die Zunftmeister mit ihren Vätern dem ausziehenden Reden das Gewand bereiten, arbeiten in den ersten Schneiderzünften die Schneider nicht nur alle Arten von Männerkleidern, sondern auch die Frauengewänder, ja sie hatten sogar die ganze Weißzeugmanufaktur. Später konnten dann auch Frauen als selbständige Meisterinnen in die Zunft eintreten und durften selbst Arbeiterinnen haben und Lehrlinge annehmen. Man suchte ihre Aufnahme in die Zunft durch Festsetzung geringerer Aufnahmegebühren zu erleichtern. So zahlte in Frankfurt eine Frau, die das Schneiderhandwerk treiben wollte, 3/4 Schilling und ein halb Viertel Wein, ein Mann dagegen 3 Pfund und ein Viertel Wein.

So lassen sich noch eine Reihe von anderen Handwerken nachweisen, die im Mittelalter Frauen im Amte hatten. Es waren Gewerbe, welche der Natur ihres Betriebes nach für das weibliche Geschlecht geeignet waren, denn es war stets der Grundgedanke des alten Handwerkerrechtes, daß niemand in der Zunft sein sollte, der das Gewerbe nicht mit eigener Hand treiben könne.

Bald aber wuchs die Konkurrenz der Frauen innerhalb der Zünfte und die der ausschließlich weiblichen Zünfte den Männern über den Kopf. Die Gesellenverbände lingen an, sich zu weigern, neben den weiblichen Arbeitern zu stehen. Die Meister klagten über die Beeinträchtigung ihres Nahrungsstandes. Was zuerst nur die Gesellenverbände und die Zünfte bestritten, wurde schließlich in die Ratsbeschlüsse und landesherrlichen Verfügungen aufgenommen. Es verboten nicht nur die Arbeit der Frauen in den Zünften, sie hielten sie auch für schändlich, indem sie die mit den Frauen arbeitenden Männer als unrechtlich bezeichneten. Mit dem Ende des 17. Jahrhunderts waren die Frauen aus dem

zünftigen Handwerk hinausgedrängt, und das männliche Geschlecht wurde liberal zur Bedingung des Eintritts. Die Folge war, daß nur die Frauen in steigendem Maße im eigenen Hause beschäftigt wurden. Da diese Beschäftigungsweise an keine zünftigen Bestimmungen gebunden war, an keine Werkstatt, so bildete sie für die Frauen wohl einen in ihrer Art sehr gesunden, aber auch einen sehr kümmerlichen Erwerb, für die Auftraggeber ein um so glänzenderes Geschäft. Zu spät erkannten die Männer, daß die größte Gefahr in dieser gänzlich unkontrollierbaren Konkurrenzarbeit der Frauen liegt. Aber auch die Frauen erkannten nicht, wie sehr sie sich selbst schädigten dadurch, daß sie sich durch Unterbietung, durch Lohndrücke statt zu Arbeitsgenossen der Männer zu Schillingen machten. Diese Erkenntnis fehlt leider auch heute noch. Die wahnsinnige Teuerung zwingt weite Kreise der Frauen des Mittelstandes, ihre Einkünfte und Bezüge zu erhöhen. Sie übernehmen Heimarbeit, die durchweg, oft bis zur Hälfte schlechter bezahlt wird als die Arbeit in der Fabrik. Die Frauen begnügen sich damit, die ihr Verdienst in vielen Fällen zur Ergänzung eines Einkommens, entweder des Mannes oder von Pensionen, Renten usw. dient. Mit Entsetzen hören wir, daß bei angestrengter zehnstündiger Arbeitszeit bei Anfertigung von Herrenhosen 100 bis 120 Mk. wöchentlich verdient werden, bei dem Nähen von Schürzen, Damenblusen, Haus-

Arme-Leute-Glück.

Sie hatten sich ein farges Glück gegeben, ein Arme-Leute-Glück, an Hoffnung arm. Und irrten dennoch aufrecht durch das Leben, und trugen treu der Stunde Glanz und Harm.

Die schwere Arbeit füllte ihre Tage.

Nur wenn der Kinder Lachen sie umlang, vergaßen sie das Einertel der Plage, die ihres Daseins Stunden wild umprang.

Die Kinder wuchsen, wurden groß und gingen fort aus dem Elternhaus. Ihr Lachen schwieg. Und dennoch manchmal auf Erinnerungsjahren verwehles Glück ins stille Stübchen stieg. . . .

Dann träumten beide, alt und grau und müde, — und jugend-lustig fand sich Hand zu Hand . . . Des Lebensabends stiller Festeriede vor ihnen lächelnd in der Dämm'ung stand . . .

Amsonst war's nicht, was sie gewirkt im Leben an Kampf und Kraft, an Glanz, an Glück und Harm! Sie hatten sich ein farges Glück gegeben, ein Arme-Leute-Glück, an Hoffnung arm. . . . U. L.

Meidern bei achttündiger Arbeitszeit wöchentlich 175 bis 250 Mk. Diese Beispiele lassen sich ins Unendliche vermehren.

Das Zunftwesen ist überwunden. An seiner Stelle haben wir die großen gewerkschaftlichen Organisationen, eine arbeitende Frau, welchem Stand sie auch angehört, alle diejenige fernbleiben. Sonst würden die Frauen gegenwärtig lohnkränkend. Sie heinflossen auch die Höhe der in den Fabriken arbeitenden Frauen ungenügend. Sie vermehren aber auch die Zahl der Gegner der Frauenerwerbsarbeit und durchbrechen schließlich das Prinzip der Gleichberechtigung, die keineswegs politisch aufrechtzuerhalten ist, wenn die Frau auf dem Gebiet der Arbeit sich selbst auf eine so niedrige Stufe schieben läßt. Wir verlangen freie Bahn auch der Tüchtigen, Erleichterung aller öffentlichen, rechtlichen wie aller Arbeitsgebiete für die Frauen. Aber von diesen müssen wir dann auch verlangen, daß ihre Leistungen denen der Männer gleichwertig sind und gleich eingeschätzt werden, nicht auf dem Wege der einstigen Zünfte, sondern auf dem anderen der Organisationen und Genossenschaften. U. L.

Liebe Kolleginnen!

„Wir müssen es ja“, so erfolgt stets die Antwort, wenn ich jemanden von euch frage, weshalb ihr im Verbands seid. Es ist mir klar geworden, daß ihr euch gar nicht bewußt seid, wie viele Vorteile ihr habt, wenn ihr die Rechte innerhalb des Verbandes voll ausnutzt. Es würde der Arbeiterklasse um 100 Proz. besser gehen, wenn sie um 50 Proz. klassenbewußter wäre.

Bergegenwärtig euch doch einmal eure Stellung als Mädel oder aber auch als Frau innerhalb des Betriebes. Fühlt ihr es nicht selbst, daß ihr vom Unternehmer ausgebeutet werdet? Ihr seid unzufrieden, vor allen Dingen mit dem Lohnabkommen und sonst im großen und ganzen mit eurer Lage als Arbeiterin. Und trotzdem versucht ihr nicht, euch von dem Druck, der auf euch lastet, zu befreien. Nein, im Gegenteil, ihr laßt durch eure anscheinende Gleichgültigkeit die Herren Unternehmer glauben, daß ihr euch wohlbefindet in eurer erträglichen Lage. Aber es ist ja viel bequemer, so in den Tag hineinzuwachen, als sich aufzuraffen und ein ganz klein wenig über Menschen und Verhältnisse nachzudenken.

Ein kleiner Prozentsatz fühlt sich gemessenen „moralisch“ verpflichtet, die Versammlungen zu besuchen. Was wird getrieben? — Unzufriedenheit einmal den nötigen Ernst zu diesen wichtigen Zusammenkünften könnt ihr oft aufbringen. Die Versammlungen sind die Tummelplätze eurer jugendlichen Interessiertheit. Soll es so sein? Nein!

Kolleginnen, im wirtschaftlichen Kampfe sind die Frauen und Mädchen ein Machtfaktor, dem die Unternehmerschaft Rechnung tragen muß, wenn ihr mit unseren männlichen Arbeitskollegen ernsthaft und klassenbewußt eurer Pflicht nachkommt. Leider geben aber eure Gedanken nur auf die Kleiderfragen hinaus. Gewiß spielen die Kleider- und

Körperkulturfragen eine weit wichtigere Rolle bei dem weiblichen Geschlecht als beim männlichen. Aber diese Fragen löst man, daß sie der Gesundheit zum Vorteil und nicht zum Nachteil sind. Es ist mir nicht möglich, hierauf näher einzugehen, da ich sonst sehr vom Thema abschweifen müßte. Aber später einmal. —

Daß die Arbeiterin die unterdrückte Stellung in der kapitalistischen Gesellschaft einnimmt, rührt auch zum großen Teil daher, daß sie absolut nicht gewillt ist, etwas zuzulernen. Und doch gibt es so viele Bildungsmöglichkeiten. Vor allen Dingen möchte ich an die Jugendhochschulgemeinden und an die Volkshochschulen erinnern. Wissen ist Macht! Auf der Unwissenheit der Arbeiterklasse beruht die wirtschaftliche Macht der Unternehmer. Das Streben zum geistigen Fortschritt darf nie aufhören. Dann möchte ich euch noch eins zurufen: wenn ihr sonst eine Liebhaberei habt, sei es Spiel, Turnen, Gesang, Tanz und Wandern, laßt diese Interessen nicht in den Vordergrund treten, seid in erster Linie gerüstet für den wirtschaftlichen Kampf. Das möchte ich vor allem den Mädeln aus der Jugend- und Wanderbewegung warm ans Herz legen. —

Was ich früher nicht verstehen konnte, ist mir heute klar, die Minderbewertung der Frau von Seiten des Mannes. Denken wir uns einmal einen Betrieb, wo ungefähr die Hälfte Mädel, die Hälfte Männer arbeiten. Es soll über eine wichtige Sache beschließen werden. Die Männer wissen zum großen Teil, was sie wollen. Die Mädel, die meistens zum Nachdenken so bequem sind, stimmen aus Unwissenheit oft zu ihrem eigenen Schaden. Daher kommt es, daß das Mädel nicht selten von dem Manne als minderwertiges Individuum betrachtet wird. Nun, ihr Mädel und Frauen, ruht eure freie Zeit aus, um euch Wissen anzueignen, daß ihr mit den Männern Schulter an Schulter um eure wirtschaftliche Befreiung kämpfen könnt.

Grete Sohns gen. Franke, Hamburg.

Die Frau im Haus und Beruf.

Frau und Beruf. Es leuchtet schon dem Laien ein, daß sich für die Frau nicht jede Berufsarbeit eignen kann. Nur das Unternehmertum vermag eine derartige Erkenntnis nicht zu gewinnen, wenn auch die Wissenschaft immer wieder besondere Verhältnisse für die arbeitende Frau verlangt. So betätigt U. Schwarz sich in der Dessenlichen Gesundheitspflege die eheweibliche gewerbliche Arbeit überhaupt, und die industrielle Beschäftigung unehetlicher Frauen bedarf, so sagt er, aus anatomisch-physiologischen Gründen besonderer Aufsicht und Fürsorge. Das gelte vor allem für Jugendliche, Schwangere und Mütter. Für die schwangeren Frauen im besonderen tritt Cord in einem längeren Aufsatz im Journal of Industrial Hygiene ein. Leichter Arbeit können wohl bis in die letzten Wochen hinein vorgenommen werden. Zu vermeiden aber sind Heben, Tragen, Hin- und Hergehen, fortgesetztes Treppensteigen, anbauende und einseitige Arbeit im Sitzen oder Stehen, übermäßig lange Arbeit. Die Unfallgefahr ist im Hinblick auf die Verlagerung des Schwerepunktes in der letzten Schwangerschaftszeit erhöht. Cord verlangt darum eine laufende ärztliche Überwachung, in der letzten Zeit spezialärztliche Untersuchung und Verschärfung des Unfallhutes. Giftarbeit ist überhaupt zu vermeiden.

Verunglückte Mütter und Kinder. Die Medizinalstatistiken der Preussischen Statistischen Landesämter bringen eine Arbeit über die tödlichen Verunglückungen in Preußen in den Jahren 1916 bis 1918. Danach hat die Zahl der Unfälle in diesen beiden Jahren gewaltig zugenommen. Es handelt sich um die Jahre, in denen die Frau in ganz besonderem Maße zur Erwerbsarbeit herangezogen wurde, weil die Männer im Felde waren. Die Zahl der tödlichen Unfälle wurde auf einzelnen Gebieten verdoppelt. Wieviel Kindern wurde da die Mutter geraubt. Aber auch, wenn die Mutter nicht tödlich verunglückte, litten die Kinder unter diesem wirtschaftlichen Elend. Ein ganz erheblicher Prozentsatz aller Unfälle überhaupt entfiel nämlich auf die Kinder bis zu 15 Jahren, und zwar weil den Kindern die mütterliche Aufsicht gefehlt hat. Wenn diese Verhältnisse auch heute besser sind, so zeigen uns diese Tatsachen doch, wie auch heute noch das Kind ein Opfer des Kapitalismus ist. Und das bleibt so, solange der Kapitalismus existiert.

Zahlen, die sprechen. Nach neuen Feststellungen sind in Halle 90 Proz. der Volkshochschüler stark unterernährt. Bei 20 Proz. ist Tuberkulose festzustellen. Ein Viertel der Kinder kann die Milchspeise nicht mehr aufrecht halten. In Karlsruhe sind von 6630 Kleinkindern 2500 schwer unterernährt. Von 17 380 Schulkindern im Freistaat Sachsen ist die Hälfte unterernährt und blutarmer

Humor im Tode.

Hier ruht in Gott Franz Sülhöfer, 26 Jahre lebte er als Mensch, 37 Jahre als Chemoan. (Grabstein in Ober-Audorf.)

„Dies, Wanderer, eines Manns Schmerzen:

Im Leben schalt mein Weib gar sehr,

Jetzt liegt ein Stein auf ihrem Herzen,

Auf meinem aber keiner mehr,

Damit es endlich Friede werde,

Schloß ihr der Tod den Mund mit Erde.“

(Marterl im Bürger Tal.)

„Wanderer, steh' und weine,

Hier ruhen meine Gebeine,

Ich wollt', es wären deine.“

(Marterl auf der Hochgebirgsstraße von

Sölden im Deptal nach Oberaurf.)

Von deinen Kindern lernst du mehr als sie von dir.

Sie lernen eine Welt von dir, die nicht mehr ist;

Du lernst von ihnen eine, die nun wird und gilt.

Leop. Scherer.